

Recht auf Sucht

Von Helmut Ortner

Mein Freund, Redakteur bei einer großen Tageszeitung, entspannt sich regelmäßig damit; mein Nachbar, freier Städteplaner, gelegentlich; eine Bekannte, Logopädin in einer Kinderklinik, freut sich nach Feierabend darauf: alle mögen und rauchen Haschisch.

Vielleicht greifen Sie lieber zum Glas Whisky, wenn der Tag geht... oder zum trockenen Weißwein – und natürlich die Zigaretten... Jedem seine Sucht. Der Unterschied besteht freilich darin, daß die Beschaffung von Haschisch nur auf illegalem Weg möglich ist, Ihre Drogen aber beim Kaufladen um die Ecke für Sie im Regal bereitstehen. Gleiches Recht für alle? Gut, daß es Frau Hasselfeldt (CSU) gibt, bis vor kurzem Gesundheitsministerin. Sie klärt mich auf. Haschisch, behauptet sie, sei für den Volkskörper gefährlich; eine Freigabe „weicher“ Drogen gar „staatlicher Selbstmord auf Raten.“ Nach der Logik von Frau Hasselfeldt – trinken Sie Alkohol gnädige Frau? – wären einige meiner Freunde die Totengräber unserer Republik.

Wieder – einmal – wird über Drogen gestritten und deren Legalisierung. Sie erinnern sich: Die Diskussion hat der Lübecker Richter Wolfgang Nescovic neu belebt, als er das Urteil einer Frau aufhob, die 1,2 Gramm Haschisch ins Gefängnis schmuggeln wollte. Nescovic rief das Bundesverfassungsgericht an und forderte, Haschisch und Marihuana zu legalisieren – und löste damit einem Sturm im juristischen Wasserglas aus.

Dabei ist die Forderung ein alter Hut: Immer mehr Drogenberater in europäischen Großstädten – also überall dort, wo die Folgen des Verbots und Kriminalisierung besonders spürbar sind – überall dort wird nicht nur die Freigabe sogenannter „weicher“ Drogen gefordert, sondern darüber hinaus auch die begrenzte Freigabe „harter“ Drogen wie Heroin und Kokain – mit durchaus plausiblen Argumenten.

„Ich würde Drogen, in derselben Weise behandeln wie Alkohol und Zigaretten“, sagt der US-Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Milton Friedman. Er, ein Verfechter einer radikal liberalen Markttheorie streitet seit Jahren für eine völlige Freigabe aller Rauschgifte. Durch repressive Drogenpolitik – so Friedman – werde nur ein Drogenmarkt mit Wucherpreisen geschaffen, dessen Ausweitung zweierlei begünstige: die Verelendung der Konsumenten und die Gewinne der Drogensyndikate.

Tatsache ist: Das pauschale Drogenverbot wie es derzeit besteht, drängt Abhängige in die Beschaffungskriminalität und Prostitution – und schafft allenfalls glänzende Marktsituationen für die Drogenkartelle. Sie sind die Hauptgewinner des Verbots. Sie bestimmen die Preise.

Die negativen Folgen von Repression und Illegalität sind unübersehbar. Es schraubt die Preise in die Höhe und als Folge dessen auch das Ausmaß an Beschaffungskriminalität. Schätzungen für New York beispielsweise gehen davon aus, daß eine Verdoppelung des Schwarzmarktpreises für Heroin eine Zunahme der Beschaffungskriminalität um vierzig bis fünfzig Prozent zur Folge hätte. Für Frankfurt, Hamburg, Berlin wären ähnliche Rechenexempel durchaus eine sinnvolle Hausaufgabe für Politiker.

Keine Frage: Pauschale Verbotspolitik ist eine ineffiziente Politik. Letztlich ist allein die Frage zu beantworten, welche Drogen gesellschaftlich tolerabel sind und welche unerwünschten Folgen im Konsum eingeschränkt werden sollen: dies können harte Drogen sein, aber auch

Alkohol und Nikotin. Die Kosten des Drogenkonsums unterscheiden sich kaum von den gesellschaftlichen Kosten erlaubter schädlicher „Genußmittel“. Also zweierlei Maß, zweierlei Recht? „Es ist kein Verbrechen Schnaps zu kaufen, wohl aber betrunken zu fahren“, sagt Friedman nüchtern und ist überzeugt davon, mit Drogen würde es nicht anders sein.

Freilich: eine Aufgabe des pauschalen Drogenverbots scheint hierzulande nicht in Sicht. Kaum eine Stimme macht sich eine solche Forderung wie sie der Richter Nescovic, geschweige denn Friedman vertritt, auch nur als Frage zu eigen. Von der CDU/CSU-Riege – den Maßkrug bei Parteitagten fest in der Hand – ist ein Umdenken nicht zu erwarten. Sie hält eisern an der rigiden Verbotspolitik fest. Und die FDP/SPD? Hinter vorgehaltener Hand erklären die parlamentarischen Flüstertüten die repressive Drogenpolitik zwar für gescheitert – doch öffentlich wollen nur wenige etwas dazu sagen. Der rheinland-pfälzische Justizminister Caesar (FDP) schlägt vor, den Konsum bis zu 30 Gramm Haschisch strafrechtlich nicht mehr zu verfolgen. Der Hamburger SPD-Bürgermeister Voscherau, will in einem Modellprojekt dies auch in die Praxis umsetzen. Erste Ansätze – nicht mehr.

Dabei ist allen bekannt: Durch eine Freigabe „weicher“ und eine kontrollierte Abgabe harter Drogen würden der profitträchtige Schwarzmarkt im Zentralnerv getroffen, die Diskriminierung der Konsumenten, die Beschaffungskriminalität der Süchtigen verringert und der ambivalente Reiz der Drogensubkultur geschwächt. Und das hilft nicht nur den Konsumenten und Süchtigen, sondern schadet vor allem den Drogensyndikaten.

Notwendig sind Politiker, die den Mut haben, innovative Wege zu beschreiten. Kompetente und differenzierte Argumente liegen auf dem Tisch – sie müssen jetzt diskutiert werden. Auch von Frau Hasselfeldt.



**Hinter
vorgehaltener
Hand erklären die
parlamentarischen
Flüstertüten
die Drogenpolitik
für gescheitert**

Helmut Ortner ist Mit-Herausgeber und
Chefredakteur dieser Zeitschrift